BRDDR – Arenen des Übergangs in der Vereinigungsgesellschaft

Veranstalter: Lehrstuhl Neuere und Neueste Geschichte II, Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Datum, Ort: 04.11.2015–06.11.2015, Neustadt

Bericht von: Lilith Buddensiek, Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Das elfte Nassauer Gespräch fand unter Leitung von THOMAS GROßBÖLTING (Münster) in den Räumlichkeiten des in Ostholstein gelegenen Gutes Siggen statt und wurde von der Freiherr vom Stein-Gesellschaft e.V. und der Alfred-Toepfer-Stiftung unterstützt. Es zielte auf eine Historisierung der deutschen Vereinigungsgesellschaft und somit auf eine Ausdifferenzierung bzw. Überwindung der bis dato gültigen, nicht selten empathisch gefärbten Meistererzählungen zu den Jahren nach 1989/90. Ausgangspunkt bildete die Frage nach dem Zäsurcharakter des Jahres 1989 und, damit einhergehend, nach Veränderungen und Kontinuitäten in der deutschen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft der sogenannten „Nachwendezeit“.

Von der vielfach zitierten Selbstermächtigungsformel des Herbstes 1989 („Wir sind das Volk“) ausgehend, widmete RALPH JESSEN (Köln) seinen einführenden Vortrag einer kritischen Historisierung des Volksbegriffs. Der zunächst für die Bezeichnung niederer Stände und Schichten verwandte Terminus sei, inspiriert unter anderem durch die Amerikanische und die Französische Revolution, im späten 18. Jahrhundert demokratisiert und politisch aufgeladen worden. Neben ein an der Nation ausgerichtetes Volksverständnis (das „Staatsvolk“ als Legitimationsquelle politischer Herrschaft), seien im 20. Jahrhundert die Deutungen der extremen Linken (das Volk als „Arbeiterklasse“) und Rechten (das Volk als „Rasse“) getreten. Die Akteure der sogenannten „Friedlichen Revolution“ vom Herbst 1989 hätten, anders als die SED-Regierung, „Volk“ nicht im linken, sondern im demokratisch-nationalen Sinne verstanden, wobei sie sich stets auf das DDR- und nicht auf das gesamtdeutsche „Volk“ bezogen hätten. Den vermeintlich fließenden Über-

gang von der Demokratie- („Wir sind das Volk“) zur Einheitsforderung („Wir sind ein Volk“) bezeichnete Jessen als erinnerungspolitisches Konstrukt, welches den Protestlern im Nachhinein von Medien und Politik zugeschrieben worden sei. Der Volksbegriff, so die Schlussfolgerung Jessens, sei seit jeher von unterschiedlichen politischen Gruppierungen entsprechend ihrer jeweiligen Ideologie semantisch aufgeladen und zum Teil höchst ambivalent gebraucht worden. Seine nachträgliche Vereinnahmung durch ehemalige DDR-Bürgerrechtler, etwa in Form empörter Reaktionen auf die von „Pegida“-Demonstranten verwandte Formel „Wir sind das Volk“, sei historisch nicht zu rechtfertigen.

Im Mittelpunkt der ersten Sektion stand der Umgang mit dem DDR-Volksvermögen nach den Ereignissen des Herbstes 1989. Dieser sei am im Dezember 1989 konstituierten Zentralen Runden Tisch, so RÜDIGER SCHMIDT (Münster), überaus kontrovers diskutiert worden. Dabei habe insbesondere die Utopie eines Dritten Weges zwischen einem überwundenen Staatssozialismus und einem sozialstaatlich gebändigten Kapitalismus Resonanz erfahren. Da bereits am 1. Juli 1990 mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion die Weichen in Richtung (sozialer) Marktwirtschaft gestellt worden seien, hätten die am Runden Tisch ventilierten Ideen jedoch keine Chance auf Realisierung gehabt. Mit der Währungsunion als kulturtechnischem Prozess befasste sich die Anthropologin URSULA DALINGHAUS (Irvine, USA). Viele Ostdeutsche hätten die Übernahme der D-Mark über ihre wirtschaftlichen und politischen Implikationen hinaus als ein kulturell einschneidendes, das eigene Selbstverständnis tangierendes Ereignis wahrgenommen. Für sie habe mit der Mark der DDR der Wert der ostdeutschen Wirtschaft insgesamt und damit auch die Leistung des Einzelnen zur Disposition gestanden. Derartige Perzeptionen, so Dalinghaus, wirken in den neuen Bundesländern bis heute fort und färben die individuellen wie kollektiven Deutungen der Währungsunion und des kapitalistischen Systems in toto. KERS-TIN BRÜCKWEH (Tübingen) widmete sich am Beispiel der Gemeinde Kleinmachnow dem ostdeutschen Wohneigentum zwischen

„Enteignung, Aneignung und Neukonstituierung der Lebenswelt“ und zeichnete damit eine lange, weit vor 1989 einsetzende und bis in die Gegenwart reichende Geschichte der „Wende“. In Folge des nach dem Prinzip der „Rückgabe vor Entschädigung“ gestalteten Vermögensgesetzes vom September 1990, seien in der brandenburgischen Kleinstadt zwei ambivalente Rechtskulturen aufeinandergetroffen: jene der ostdeutschen Bewohner, fußend auf der abnehmenden Bedeutung rechtlicher Eigentumstitel und dem hohen Rang sozialrechtlich fundierter Besitzansprüche in der DDR, und jene der unter nationalsozialistischer, russischer oder SED-Herrschaft enteigneten, westdeutsch geprägten Alteigentümer. Zu einer weiteren Verkomplizierung hätten die wechselnden Konstellationen von Gewinnern und Verlierern der jeweiligen Regime und die damit einhergehende historisch-moralische Aufladung der Thematik beigetragen. Die Umgestaltung der ostdeutschen Wirtschaft durch die Treuhandgesellschaft war Thema des Vortrages von MARCUS BÖICK (Bochum). Dieser skizzierte die der Treuhandgründung vorausgegangenen konzeptionellen Debatten sowie deren spätere Entwicklung von einer auf Bewahrung ausgerichteten „Ur-Treuhand“ hin zur umstrittenen Massenprivatisierungsagentur unter Detlef Rohwedder und Birgit Breuel.

Das zweite Panel war den mit dem Zusammenbruch des sogenannten „Ostblocks“ und der Wiedervereinigung Deutschlands notwendig gewordenen Reflektionen bzw. Neukonstituierungen bis dato gültiger kollektiver Selbstverständnisse und -verortungen gewidmet. ANGELA SIEBOLD (Heidelberg) bot in ihrem Vortrag einen Überblick über die zeitgenössischen Deutungen der mit den Umbrüchen von 1989/90 einhergegangenen Veränderungen globaler Machtstrukturen: Diese reichten von der Vorstellung einer nunmehr multipolaren Weltordnung über die insbesondere in den Ländern Mittel- und Osteuropas vertretene Auffassung, die USA sei die einzig verbliebene Supermacht und die Welt nunmehr unipolar, hin zu der Idee einer neuen Bipolarität mit dem Westen auf der einen und der „Islamischen Welt“ auf der anderen Seite. Den differenten Positionen der 1990er-Jahre wie auch aktuellen Narrationen gemein sei

ein Verständnis des Jahres 1989 als entscheidende Zäsur im geopolitischen Ordnungsgefüge. Diese Grundannahme, so Siebold, gelte es zu hinterfragen und neben den mit der „Wende“ ausgelösten Veränderungen auch die über 1989 hinaus bestehenden außenpolitischen Kontinuitäten in den Blick zu nehmen. Mit gedächtnispolitischen Maßnahmen und biographischen Sinnbildungen infolge der Vereinigung von Bundeswehr und NVA beschäftigte sich NINA LEONHARD (Hamburg). Die Bundeswehr habe schon früh mit der Historisierung ihrer eigenen Rolle im Einigungsprozess begonnen. Das grundlegende Dilemma einer Legitimierung der Übernahme von NVA-Personal bei gleichzeitiger Delegitimierung der NVA als Institution habe sie mittels einer argumentativen Differenzierung zwischen „Mensch“ (Soldat) und „System“ (Partei-Armee) zu überwinden gesucht. Die übernommenen NVA-Militärs selbst hätten unterschiedlich auf ihren berufsbiographischen Umbruch reagiert: Einige von ihnen, so Leonhard, eigneten sich die in der Bundeswehr geltenden Vorstellungswelten unmittelbar an, andere hielten an jenen der NVA fest oder scheiterten an dem Versuch, beide miteinander in Einklang zu bringen. Die nachfolgenden Vorträge waren dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR sowie dem Umgang mit dessen schriftlichen und mentalen Hinterlassenschaften gewidmet. Während LILITH BUDDENSIEK (Münster) ihr Dissertationsprojekt zur Persönlichen Unterlageneinsicht vorstellte und die Meistererzählung einer vom DDR-„Volk“ erstrittenen, gegen den Willen der Regierenden durchgesetzten Einsicht hinterfragte, untersuchte MARKUS GOLDBECK (Münster) am Beispiel der MfS-Akten die Funktionen und Wirkungen von Vergangenheitsaufarbeitung. Zwar habe die Bundesregierung eine Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit mittels Aktenöffnung aus Sorge vor unerwünschten Enthüllungen zunächst abgelehnt, später jedoch von deren politischer, identitätsstiftender und integrativer Wirkung profitiert. So habe etwa das im Dezember 1991 verabschiedete Stasi-Unterlagen-Gesetz nicht nur integrativ auf die Akteure der „Friedlichen Revolution“ gewirkt, sondern darüber hinaus der Selbstinszenierung der „alten“ Bundesrepu-

blik als das moralisch überlegene System gedeut. In ihrem Vortrag zu „Stasi' und ‚IM' als Chiffre des sozialistischen ‚Unrechtsstaates'“ befasste sich die Soziologin SABINE KITTEL (Münster) mit den individuellen Erzählungen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter und ihrer Angehörigen. Diese betrachteten die eigenen Geschichtsbilder und Erfahrungen zwar häufig weiterhin als „wahre Vergangenheit“, verwässerten bzw. verschwiegen jedoch jene Teilbereiche, die nicht mehr in die offizielle Geschichtserzählung eingepasst werden könnten. Diese „toxischen Bereiche“ umfassten neben der Erinnerung an den SED-Staat auch das eigene, nunmehr schuldbehaftete Engagement beim Ministerium für Staatssicherheit. Es sei, so Kittel, die Aufgabe der Oral History-Forschung, die Erinnerungen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter und -Begünstigter verstärkt auf derartige „vergiftete Spuren“ hin zu untersuchen.

Der dritte und letzte Teil der Tagung war den kollektiven und individuellen Ordnungsvorstellungen in der „Wende-“ und „Postwendezeit“ und damit schwerpunktmäßig einem alltags- und kulturgeschichtlichen Blick auf die deutsche Vereinigungsgesellschaft gewidmet. EVA SCHÄFFLER (Salzburg) analysierte die ostdeutschen heterosexuellen Paarbeziehungen im Übergang vom Real- zum Postsozialismus. Bestimmte, durch den Staatssozialismus geprägte Werte- und Verhaltensmuster – etwa die weibliche Erwerbsneigung, die damit im Zusammenhang stehende Bereitschaft zu ganztägiger Kinderbetreuung und die liberale Haltung gegenüber Schwangerschaftsabbrüchen – bestanden, so Schäffler, über 1989/90 hinaus fort und wirken in den neuen Bundesländern bis in die Gegenwart nach. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam ANJA SCHRÖTER (Potsdam) in ihrem Vortrag zur ostdeutschen „Scheidungsgesellschaft“: Die von der SED-Regierung postulierte Gleichberechtigung der Geschlechter und die damit begründete Forcierung weiblicher Erwerbstätigkeit habe die innere Emanzipation und sozio-ökonomische Unabhängigkeit vieler ostdeutscher Frauen zur Folge gehabt. Dies habe zu einer hohen Ehescheidungsbereitschaft bei gleichzeitiger geringer Inanspruchnahme von Ehegattenunterhalt beigetragen. Derartige Einstel-

lungsmuster hätten unter den Bedingungen der Vereinigungsgesellschaft zwar regrediert, sich jedoch bis heute nicht zur Gänze aufgelöst. Für die ostdeutsche Schwulenzbewegung indes, betonte TERESA TAMMER (Berlin) in ihrem Vortrag „Coming out in die deutsche Einheit“, hätten der Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung eine entscheidende Zäsur dargestellt. So habe der mit dem 9. November 1989 einhergehende Wegfall rechtlicher Beschränkungen und staatlicher Repressionen zunächst zu einer Differenzierung und Professionalisierung der homosexuellen Gruppierungen geführt. Bereits die ersten freien Volkskammerwahlen im April 1990 und der wenige Monate später erfolgende Beitritt der DDR zur Bundesrepublik hätten jedoch den schleichenden Niedergang der Bewegung eingeläutet: Mit dem sozialistischen System habe sie ihren Referenzrahmen verloren und sei schon bald von der etablierteren westdeutschen homosexuellen Subkultur absorbiert worden. INES LANGE-LÜDDECKE (Hamburg) untersuchte am Beispiel eines Brandenburgischen Dorfes den mit der Rückkehr, in der SBZ und DDR enteigneter, adeliger Gutsherren verbundenen gesellschaftlichen Wandel seit 1990. Ihre Oral History-Studie habe, so Langelüddecke, eine spezifische ostdeutsche Schweigsamkeit gegenüber den Rückkehrern ergeben, die zum einen auf Überlieferungen aus der Zeit der Gutsherrschaft und die in der DDR betriebene Anti-Junker-Propaganda, zum anderen auf die über 1989/90 hinaus bestehende Asymmetrie zwischen Ost- und Westdeutschland zurückgeführt werden könne. Dieses „Sagbarkeitsregime“ im foucaultschen Sinne sei erst mit den Jahren über einer gegenseitigen Annäherung beider Parteien aufgeweicht worden. Der letzte der insgesamt 15 Vorträge der Konferenz war den sozialen Verwerfungen in der frühen Vereinigungsgesellschaft gewidmet. Entgegen der gängigen Deutung, so CHRISTOPH LORKE (Münster), habe deren Ursprung vielfach nicht in der Transformation der sozialistischen Plan- in eine demokratische Marktwirtschaft, sondern in der Zeit vor 1990 gelegen. So sei etwa die Altersarmut in den „neuen“ Bundesländern weniger eine Folgeerscheinung der „Wende“, als ein Resultat geschlechtsgebundener Lohndifferenzen

und Versicherungslücken in der DDR gewesen. Auch im zeitgenössischen Armuts- bzw. Ungleichheitsdiskurs lassen sich, nach Lorke, überkommene Muster identifizieren: Über der mit der Wiedervereinigung einhergehenden Zunahme sozialer Disparitäten seien bereits bestehende Dissonanzen zwischen neoliberalen Wohlfahrtskritikern und den gegen einen Sozialabbau demonstrierenden Parteien und Gruppierungen revitalisiert worden. Das Erstarken ostdeutscher Akteure – allen voran der PDS – und ihr Protest gegen „Sozialabbau und Rechtsruck“ hätten die Debatte weiter verschärft.

In der abschließenden, von THOMAS GROßBÖLTING geleiteten Gesprächsrunde wurden wesentliche Erkenntnisse der Konferenz zusammengefasst und debattiert. In Bezug auf die eingangs aufgeworfene Frage nach dem Zäsurcharakter der Jahre 1989/90 wurde konstatiert, dass die Überwindung von SED-Diktatur und nationaler Teilung für die deutsche Gesellschaft, Politik, und Wirtschaft zwar einen entscheidenden Einschnitt, nicht jedoch einen radikalen Bruch mit dem ‚Davor‘ darstellte. So habe der Ursprung zahlreicher, die 1990er-Jahre prägender, Prozesse und Dynamiken in den vorangegangenen Jahrzehnten gelegen. Sie seien im Zuge der Wiedervereinigung lediglich reaktiviert bzw. katalysiert worden. Mit dieser Erkenntnis verband sich die Forderung nach einer breiter periodisierten Geschichte der „Wende“, welche die Jahre 1989/90 weniger als End- respektive Ausgangspunkt von Entwicklungen, denn als Übergang begreift. Neben der zeitlichen, so ein weiteres aus der Tagung abgeleitetes Postulat, gelte es die räumliche Perspektive zu erweitern: Zwar sei 1989 eine primär deutsche Erfahrung gewesen, diese lasse sich jedoch erst unter Berücksichtigung europäischer bzw. globaler Kontexte in ihrer ganzen Komplexität erfassen. Die aus den Vorträgen gewonnenen Einsichten in die „Arenen des Übergangs“ gelte es daher im Rahmen transnational angelegter Studien zu vertiefen.

Mit dem 11. Nassauer Gespräch konnte ein wichtiger Beitrag zu einem besseren Verständnis der Vereinigungsgesellschaft, jenseits der von Politik und Medien propagierten Meistererzählungen, geleistet werden. Die geladenen Redner und Gäste verdeutlichten

Relevanz und Chancen einer jüngsten Zeitgeschichte, ohne die methodischen Herausforderungen ihrer Disziplin – etwa die Vielfalt des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials und die mit dessen Bergung bzw. Auswertung einhergehenden Schwierigkeiten – unreflektiert zu lassen. Als bereichernd erwiesen sich überdies die Beiträge von Vertretern anderer Fachrichtungen und die damit einhergehende Vielfalt an Zugriffen und Perspektiven.

Konferenzübersicht:

THOMAS GROßBÖLTING (Münster): Begrüßung und Einführung

RALPH JESSEN (Köln), Das „Volk“ von 1989 als Praxis, Projektion und Erinnerungsort. Begriffsgeschichtliche Beobachtungen

Sektion 1: Das Verhältnis zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Leitung: THOMAS GROßBÖLTING (Münster)

URSULA M. DALINGHAUS (Irvine, USA): Eine Frage der Werte: Die Währungsunion 1990 als kulturtechnischer Prozess

MARCUS BÖICK (Bochum): Im Ausnahmezustand zwischen Plan und Markt. Die Manager der Treuhandanstalt und die Umgestaltung der ostdeutschen Wirtschaft in den frühen 1990er-Jahren

KERSTIN BRÜCKWEH (Tübingen / Duisburg-Essen): Unter ostdeutschen Dächern. Wohneigentum zwischen Enteignung, Aneignung und Neukonstituierung der Lebenswelt in der langen Geschichte der „Wende“

RÜDIGER SCHMIDT (Münster): Die ökonomische Seite der Freiheit: Die Bürgerrechtsbewegung und das „Volkseigentum“

Sektion 2: Identitäten und kollektive Selbstbilder

Leitung: HANS-ULRICH THAMER (Münster)

NINA LEONHARD (Hamburg): Einschluss durch Ausschluss: Gedächtnispolitik und biographische Sinnbildung infolge der „Vereinigung“ von Bundeswehr und NVA

ANGELA SIEBOLD (Heidelberg): Der lange

Weg aus der zweigeteilten Welt. Selbst- und Fremdverortungen in der Außen- und Europapolitik

MARKUS GOLDBECK (Münster): Vergangenheit als politische Ressource: Das Beispiel der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) im Kontext der „Stasi-Debatte“

SABINE KITTEL (Münster): Neuinterpretationen der Vergangenheit in der Transformationsgesellschaft: „Stasi“ und „IM“ als Chiffre des sozialistischen „Unrechtsstaates“

LILITH BUDDENSIEK (Münster): Persönliche Einsicht in die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Mittel der Diktaturaufarbeitung

Sektion 3: Lebensweisen und Lebensstile: Soziale und individuelle Ordnungsvorstellungen

Leitung: MICHAEL SCHWARTZ (Berlin)

EVA SCHÄFFLER (Salzburg): Zwischen staatlichen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Eigendynamiken: Paarbeziehungen in Ostdeutschland auf dem Weg vom Realsozialismus zum Postsozialismus

ANJA SCHRÖTER (Potsdam): Die ostdeutsche „Scheidungsgesellschaft“ 1980–2000

TERESA TAMMER (Berlin): Coming out in die deutsche Einheit. Vom Aufbruch und Abschied der DDR-Schwulenbewegung

INES LANGELÜDDECKE (Hamburg): Adlige Rückkehrer und Dorfbewohner zwischen Reden und Schweigen – eine Oral History-Studie über ein brandenburgisches Gutsdorf nach 1989/90

CHRISTOPH LORKE (Münster): Neue und alte soziale Ungleichheiten. Armut in der Vereinigungsgesellschaft

Abschlussdiskussion: Perspektiven der Vereinigungsgesellschaft

Leitung: THOMAS GROBBÖLTING (Münster)

Tagungsbericht *BRDDR – Arenen des Übergangs in der Vereinigungsgesellschaft*. 04.11.2015–06.11.2015, Neustadt, in: H-Soz-Kult 27.01.2016.